

# AHA!

Rundbrief des Basler Appells gegen Gentechnologie 2|2005



## Standpunkt

Gemüse oder Pharma? Bio-Top oder Bio-Tec? Dies waren Slogans, die an der von etwa 2000 Personen besuchten Demo im Grossen Moos portiert wurden. Im Vorfeld war immer wieder der Konflikt zwischen Arbeitsplätzen und Landschaftsschutz hervorgehoben worden, nach dem Motto: «Zuerst das Fressen und dann die Moral!» Arbeitsplätze sind heute tatsächlich so etwas wie ein Killerargument.

Dabei wird ein zentraler Punkt übersehen: Es kann in unserem dicht besiedelten Land nicht darum gehen, Arbeitsplatzbeschaffung mit Bauen auf der grünen Wiese gleichzusetzen. Denn wir werden uns auch in Zukunft eher von Kartoffeln und Gemüse als von Biotech-Pharmaprodukten ernähren. Nebenbei: In der Schweiz liegen 1700 Hektaren Industriezonen brach. Es gibt keinen Grund, 55 Hektaren Landwirtschaftsland mitten im Grossen Moos zuzubetonieren.

Ob der Konzern Amgen in der Schweiz überhaupt bauen will, ist bis zur Stunde nicht klar. Sicher ist nur eins: Die vom Kanton Freiburg vorgenommene Umzonung entspricht nicht dem vom Bundesrat genehmigten Richtplan. Dieser ist aber verbindlich. Nehmen wir diese Industriezone hin, ist das ein klarer Bruch mit dem Bundesgesetz über die Raumplanung. Damit stünde auch der Rechtsstaat auf dem Spiel. Der aber ist für eine nachhaltige Wirtschaft ebenso wichtig wie eine intakte Umwelt.

Hans Weiss, Aktionskomitee Galmiz



Wo sich Fuchs und Hase gute Nacht sagen, soll demnächst der US-Biotechmulti Amgen Wurzeln schlagen. Doch die Kritik ist stark, zeigte die Kundgebung vom 3. April.

## Galmiz bleibt grün!

**In Galmiz will ein US-Gentechnulti bauen – und ignoriert dabei die Schweizer Gesetzgebung. Der Basler Appell gegen Gentechnologie protestierte in einer Medienmitteilung und unterstützte die Kundgebung des Aktionskomitees Galmiz von Anfang April.**

Mitten in der Landwirtschaftszone des freiburgischen Grossen Moores hat der Kanton Freiburg ein 55 ha grosses Areal zur Industriezone erklärt. Es winken 1200 Arbeitsplätze – deshalb soll hier, geht es nach dem Willen von Kanton und Gemeinde, ein US-Pharmamulti seine Zelte aufschlagen dürfen. Lange wurde der Biotechgigant Amgen nur hinter vorgehaltener Hand als Kandidat gehandelt. Doch nun ist die Katze aus dem Sack: Der Konzern bestätigte Ende März endlich die Vermutungen. Bei Amgen handelt es sich nach eigenen Worten um die grösste Biotechnologie-Firma der Welt mit Hauptsitz in Kalifornien. Was vom Konzernsprecher indes nicht bestätigt wurde: Dass mit dem ins Auge gefassten Projekt die erhofften 1000 bis 1200 Arbeitsplätze tatsächlich geschaffen werden sollen.

### Umzonung inakzeptabel

Skandalös ist, dass von den Behörden lange Zeit nicht offen darüber informiert

wurde, wer sich hinter dem Decknamen «Redwood» verbirgt. Und bis heute ist nicht klar, worum es sich bei der geplanten Anlage handeln wird. Noch schlimmer ist allerdings, dass die amerikanische Pharmafabrik in der grössten zusammenhängenden Landwirtschaftszone des Landes angesiedelt werden soll. Mit einer solchen inakzeptablen Umzonung würden alle raumplanerischen Grundsätze über den Haufen geworfen. Das ist undemokratisch und ein gefährliches Präjudiz für die Zukunft. Natürlich geht es wieder einmal um Arbeitsplätze. Deshalb offeriert der Bundesrat dem Pharmamulti nun auch noch Steuererleichterungen.

### Zeichen des Widerstands

Anfang April lud das Aktionskomitee Galmiz zum Augenschein vor Ort ein. Die Wanderung und Kundgebung richtete sich gegen die Ansiedlung der Fabrik an diesem Ort und setzte ein landesweites Zeichen für eine Raum-

(Fortsetzung Seite 2)

planung, welche die Gesetze zum Schutz der unvermehrten natürlichen Lebensgrundlagen respektiert. Der Basler Appell rief seine Mitglieder und SympathisantInnen mit einer Postkartenaktion dazu auf, an der Wanderung teilzunehmen. Denn eines der Vereinsziele des Basler Appells gegen Gentechnologie ist die demokratische Kontrolle der chemischen Industrie. Die Flurbegleitung war denn auch eindrücklich: 55 Hektaren des besten Ackerlands sind – hat man sie unter den Füßen – ein riesiges Stück Land. Und um jeden Quadratzentimeter Erde, der um des Profites Willen für die Begleiten eines US-Gentechmultis erhalten müsste, wäre es jammerschade.

Das Zeichen für den Widerstand gegen das unverantwortliche Industriegrossprojekt in Galmiz wurde am 3. April gesetzt – es bleibt zu hoffen, dass es Amgen damit in Galmiz bis auf weiteres zu ungemütlich geworden ist.

## Syngenta unter Druck

Syngenta musste alle Aktivitäten zur Forschung und Entwicklung gentechnisch veränderter Pflanzen in die USA verlegen, weil Europa noch immer nicht mitspielt, wenn es um Gentechnahrungsmittel geht. Jetzt ist dem Basler Saatgutmulti zudem ein dummer Fehler unterlaufen. Anstelle der in den USA und Europa bewilligten Gentechn-Maissorte Bt-11 verkaufte der Konzern fälschlicherweise den nicht bewilligten, mit einer Antibiotikaresistenz versehenen Bt-10-Mais an amerikanische Bauern. Dies geschah offenbar während vier Jahren. Das bedeutet, dass zwischen 150'000 und 185'000 Tonnen Bt-10-Mais geerntet und somit in die Nahrungskette gebracht wurden. Das Wissenschaftsmagazin Nature bekam Wind von der Affäre und machte die Verwechslung Ende März publik.

Syngenta reagierte mit einer vordatierten Pressemitteilung auf der Konzernhomepage und informierte dort plötzlich auch selbst über den peinlichen Vorfall. Offenbar war man auf eine Entdeckung vorbereitet. Syngenta macht nun auf Schadensminderung und verspricht netterweise, das falsche Saatgut vom Markt zunehmen. Für einen Teil der Ware ist es allerdings zu spät: Sie ist entweder bereits verkauft und ausgesät oder aber verschollen. Laut dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) ist es nicht wahrscheinlich, dass der Bt-10-Mais auch in die Schweiz gelangt ist. Trotzdem bleibt ein schaler Nachgeschmack: Offenbar sind die Kontrollen im Bereich der gentechnisch veränderten Nahrungsmittel zumindest in den USA äusserst mangelhaft.



### Volles Haus bei der Jahresversammlung

Am 6. April nahm der Basler Appell die Mitgliederversammlung zum Anlass, im Neuen Kino in Basel zum Apéro und zum Schweizer Dok-Film «Mais im Bundeshaus» einzuladen. Auch die Hauptdarstellerin Maya Graf (Nationalrätin Grüne, BL) war mit dabei – möglicherweise einer der Gründe dafür, dass das Kino fast bis auf den letzten Platz gefüllt war. An der Jahresversammlung wurde auch die Rechnung 2004 genehmigt. Das letzte Jahr war finanziell stark geprägt durch das Referendum gegen das Stammzellenforschungsgesetz, das der Basler Appell Ende 2003 ergriffen hatte. Die Kosten allein für Unterschriftensammlung und Abstimmungskampf beliefen sich auf rund 90'000 Franken. Die Jahresrechnung 2004 weist trotzdem mit knapp 9'000 Franken ein geringeres Defizit auf als prognostiziert. Dies ist vor allem den zahlreichen SpenderInnen zu verdanken, die uns während des Jahres unermüdlich unterstützt haben. Herzlichen Dank!

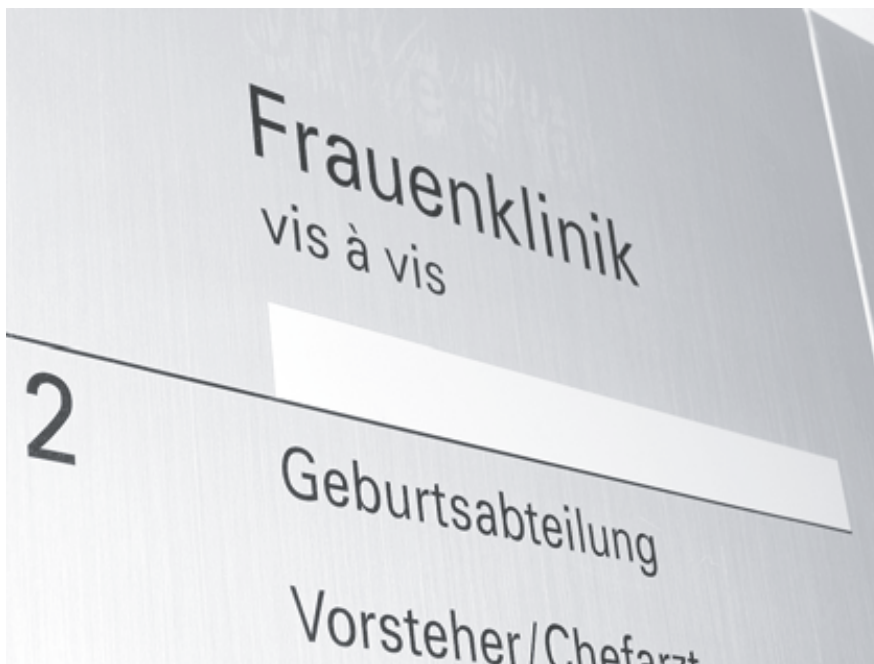
### Jahresrechnung 2004

Personalkosten/Administration/Miete	80'700
Aktionen/Öffentlichkeitsarbeit/Werbung	115'800
Rundbrief AHA!/Pressespiegel	35'700
<b>Total Aufwand</b>	<b>232'200</b>
Mitgliederbeiträge	78'900
Abos AHA!/Pressespiegel	15'000
Spenden	129'500
<b>Total Ertrag</b>	<b>223'400</b>

### Bilanz 2004

Flüssige Mittel	31'000
Transitorische Aktiven	3'700
<b>Total Aktiven</b>	<b>34'700</b>
Transitorische Passiven	49'500
Betriebsmittel (Eigenkapital)	-6'000
Überschuss	-8'800
<b>Total Passiven</b>	<b>34'700</b>

# Präimplantationsdiagnostik: Die Guten ins Töpfchen...



Wird die Präimplantationsdiagnostik in der Schweiz zugelassen, werden IVF-Embryonen nach genetischen Merkmalen aussortiert.

Kürzlich gab der Bundesrat grünes Licht für die Präimplantationsdiagnostik (PID). Die nationalrätliche Wissenschaftskommission WBK hatte ihn mittels einer Motion dazu aufgefordert, für die Zulassung der PID eine Regelung auszuarbeiten. Nun ist es an den Räten, dem ebenfalls zuzustimmen – erst dann kann ein solches Gesetz vom Bundesrat in Angriff genommen werden. Eigentlich sollte sich der Nationalrat bereits in der vergangenen Frühjahrssession mit dem heissen Eisen befassen. Allerdings hatten sich im Parlament an besagtem Termin so viele Redner zu Wort gemeldet, dass das heikle Traktandum auf die Sommersession verschoben wurde.

## Norm-Kinder nach Mass

Die Präimplantationsdiagnostik soll möglich machen, was sich Fortpflanzungsmediziner und ihre KlientInnen schon lange wünschen: Die Embryonen, die für eine Einpflanzung in den Mutterleib ausserhalb des Körpers der Patientin hergestellt werden, sollen auf genetische Defekte untersucht werden dürfen. Embryonen, die etwa Träger einer schweren Erbkrankheit sind, könnten im Vorfeld des Eingriffs aussortiert werden. Nur solche Embryonen würden ausgewählt und eingepflanzt, die darauf hoffen lassen, ein Kind innerhalb der Norm zur Welt zu bringen.

Also bald auch in der Schweiz Kinder nach Mass? Will man wissen, wie realistisch ein solches Szenario einzuschätzen ist, so wirft man am besten einen Blick über die Grenzen, etwa nach England. England wurde während der Diskussion um die Embryonenforschung, über die im November letzten Jahrs abgestimmt wurde, von den Befürwortern stets als rühmliches Beispiel angeführt. Denn in England ist fast alles erlaubt, was ein Forscherherz höher schlagen lässt: Die Forschung an Embryonen, das therapeutische Klonen und auch die Präimplantationsdiagnostik. Und um die Zunft der GenforscherInnen im restlichen Europa vor Neid erblassen zu lassen: Geht es nach dem britischen Parlamentsausschuss für Wissenschaft und Technologie, so soll bald auch erlaubt sein, das Geschlecht eines künstlich gezeugten Kindes auszuwählen. So ist es zu lesen in einem Bericht, den der Ausschuss im März vorlegte.

## Embryonen als Rohstoff

Die britischen Spatzen pfeifen es von den Dächern: Bereits wird darüber diskutiert, das Verbot des reproduktiven Klonens von Embryonen aufzuheben. Und auch «chimerische» Experimente könnten bald zugelassen werden. Dahinter verbirgt sich die Technik, menschliche Embryonen in Tiere zu verpflanzen und Hybride zu schaffen.

In den USA gibt es sie bereits: Mäuse mit genetischem Material vom Menschen, Schweine mit menschlichem Blut und Schafe, die mit Leber und Herzen vom Menschen bestückt sind.

Doch zurück zur künstlichen Befruchtung und zur Präimplantationsdiagnostik. In England wird es also bald erlaubt sein: das Designerbaby, Junge oder Mädchen, je nachdem, was von den Eltern gewünscht wird. Und was geschieht mit den Embryonen, die nicht das gewünschte Geschlecht aufweisen? Vermutlich ist man froh um jeden Embryo, der zur «Ausschussware» wird. Denn eines bringt der laxen Umgang mit menschlichen Embryonen mit sich: Eizellen, aus denen Embryonen nun einmal gemacht werden, mutieren zu einem ebenso begehrten wie raren Rohstoff.

## Eizellen auf Bestellung

Grossbritannien ist nicht nur sehr liberal, was die Forschung mit Embryonen angeht. Man gibt sich auch gern geschäftstüchtig: Die britische Aufsichtsbehörde HFEA (Human Fertilisation and Embryology Authority) erwägt deshalb, Frauen aus dem ehemaligen Ostblock, etwa Rumänien, dafür zu bezahlen, dass sie sich Eizellen entnehmen lassen und sie für künstliche Befruchtungen in England zur Verfügung stellen.

Das Beispiel Grossbritannien zeigt bereits jetzt auf, wie es auch in der Schweiz dereinst weiter gehen könnte. Zur Zeit ist die PID in der Schweiz, ebenso wie in Deutschland, noch verboten – so ist es im Fortpflanzungsmedizinergesetz verankert. Das Gesetz ist noch keine fünf Jahre in Kraft, jetzt also soll es bereits geändert werden. Auch der Verfassungsartikel 119, der die Fortpflanzungsmedizin und die Gentechnologie im Humanbereich regelt, ist noch jung. Er besagt, dass die Verfahren der medizinisch unterstützten Fortpflanzung nicht angewendet werden dürfen, um beim Kind bestimmte Eigenschaften wie etwa das Geschlecht herbeizuführen. Auch die Verfassung kann man ändern – nicht heute, aber vielleicht schon morgen?

Pascale Steck



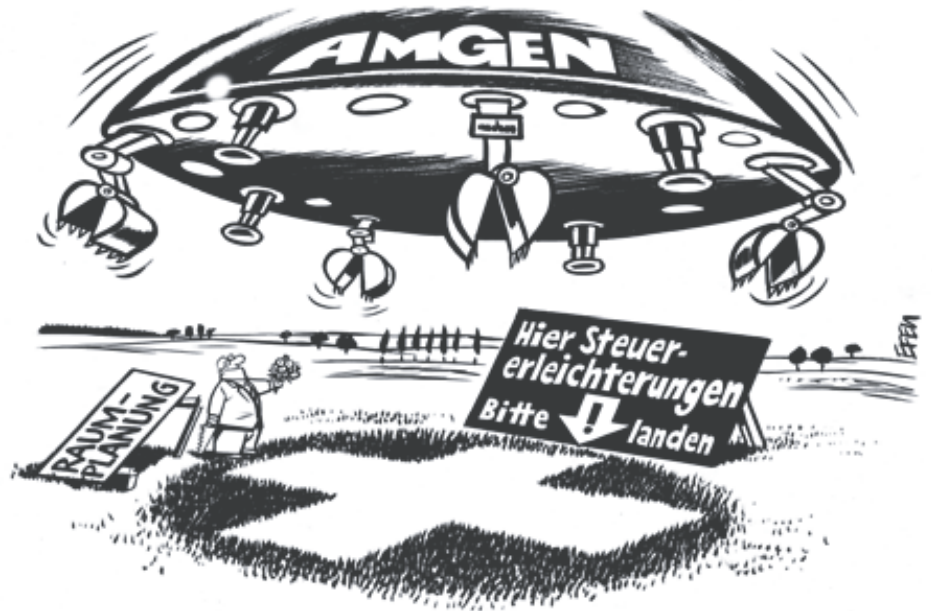
**Mitteilungsblatt**  
 des Basler Appells  
 gegen Gentechnologie  
 Murbacherstrasse 34  
 Postfach 205  
 4013 Basel  
 (im Mitgliederbeitrag inbegriffen)

**15. Jahrgang, Nummer 95**

Tel. 061 692 01 01  
 Fax 061 693 20 11  
 info@baslerappell.ch  
 www.baslerappell.ch  
 Postkonto 40-26264-8  
 Datum: 8. April 2005  
 erscheint 6 x jährlich

**Druck**

Phoenix Druck, 4057 Basel  
 gedruckt mit Ökofarben  
 auf Recyclingpapier



**Dafür stehen wir ein**

Der Basler Appell gegen Gentechnologie wurde 1988 in Basel anlässlich eines gentech-kritischen Kongresses gegründet. Er hat über 1050 Mitglieder in der ganzen Schweiz und nochmals so viele SympathisantInnen. Wir setzen uns insbesondere ein für folgende Forderungen:

- Keine Patente auf Leben
- keine Freisetzung von gentechnisch manipulierten Lebewesen
- keine genmanipulierten Lebensmittel
- keine gentechnischen Eingriffe beim Tier
- demokratische Kontrolle der Forschung in Gen- und Reproduktionstechnologie

- Mitbestimmung der Bevölkerung bei gentechnischen Grossprojekten
- keine gentechnische Auswahl und Genmanipulationen beim Menschen.

**Der Basler Appell finanziert sich ausschliesslich durch Mitgliederbeiträge und Spenden – herzlichen Dank!**

AZB  
4013 Basel

Adressänderungen der Post kosten uns Fr. 2.– – bitte bei Umzug neue Adresse melden!

- Ich werde Mitglied beim Basler Appell**  
 (Fr. 100.–, Wenigverdienende Fr. 35.–/Jahr inkl. Abo «Rundbrief AHA!»)
- «Rundbrief AHA!», Abo Fr. 20.–
- «Pressespiegel Gentechnologie», Probenummer gratis
- «Pressespiegel Gentechnologie», Abo Fr. 60.– (Mitglieder Fr. 35.–)

**Bitte schicken Sie mir folgendes Material (bis Fr. 10.– Betrag in Briefmarken beilegen; für höhere Beträge erfolgt Versand mit Rechnung):**

- ...Ex. «Wollen Sie das Programm «Genfood» wirklich beenden?»  
6 Postkarten, Fr. 6.–
- ...Ex. «Gentests – das gefährliche Versprechen», Broschüre, kostenlos
- ...Ex. «Embryonenführer», Broschüre, kostenlos
- ...Ex. «Basler Appell gegen Gentechnologie», Infobroschüre, kostenlos
- ...Ex. «Von Embryonen und Stammzellen», Broschüre, kostenlos
- ...Ex. «Herz vom Schwein?», Broschüre, kostenlos
- ...Ex. «Finger ab de Röschi», Broschüre, kostenlos
- ...Ex. «10 Jahre Basler Appell», Postkartenset, kostenlos
- ...Ex. «Die Genjäger», EvB-Broschüre, 24 Seiten A5, Fr. 4.–
- ...Ex. «Schwarzer Tod und Amikäfer», Broschüre, Fr. 10.– (Mitglieder Fr. 5.–)
- ...Ex. Politische Ökologie 81-82: «Genopoly – Das Wagnis grüne Gentechnik», Fr. 22.– (Mitglieder Fr. 18.–)
- ...Ex. «Gentechnisch hergestellte Medikamente», Faltblatt, kostenlos
- ...Ex. «Gentherapie», Faltblatt, kostenlos
- ...Ex. «Informationen für Bäuerinnen und Bauern zum Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft», BUND-Broschüre, kostenlos
- ...Ex. Dossier Gentechfrei – wir sind dabei!
- ausführliche Materialliste

**Einsenden an:** Basler Appell gegen Gentechnologie, Postfach 205, 4013 Basel  
**Bitte Absender nicht vergessen!**